

Leserbrief über Erfahrungen zur Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland

sehr geehrte Damen und Herren,
nach der Hochwasser/Starkregen-Katastrophe in der 28. Woche 2021 ist vor der (nächsten) Katastrophe.

Politik und Behörden sehen es nicht als ihre Aufgabe an das Bewusstsein der Bürger über Lebensraumrisiken und Vorsorgemaßnahmen ständig wach zu halten.

Daher hatte sich vor 25 Jahren bis Heute unsere Bürgerinitiative HWS sich dieser Aufgabe angenommen.

Leserbrief (Veröffentlicht am 17.07.2021)

Kein einmaliges Ereignis

Die Starkregen-betroffenen Regionen im Westen Deutschlands haben neben ihrem unermesslichen Leid der Menschen, den Verlusten und Schäden dennoch den Vorteil, dass das Wasser in die Hauptflüsse abläuft und nicht vor Ort verbleibt.

Ist man am linken Niederrhein in der Lage, sich vorzustellen, wenn sich die örtlich „stationäre“ Niederschlagszelle einige Kilometer nördlich – also bei uns im bergbaubetroffene Gebiet - eingeknistet hätte?

Wie jedermann weiß, hat der Bergbau vom Ursprungsniveau gesehen, bis zu 15 Meter tiefe Senkungsmulden geschaffen. Die Aufgabe der LINEG ist die Absenkung des Grundwasser-Niveaus zum Lebensraumerhalt. Deiche verhindern den natürlichen Abfluss von Starkregennmengen in den Rhein. **Das ist Fakt!** Ein See zwischen Moers bis nach Xanten wäre entstanden, wenn das erlebte Ereignis hier stattgefunden hätte.

Und die Sorge um Bergbaufolgen hätte sich erledigt!

Bei zurückliegenden Hochwasserkonferenzen hat man auf die Zunahme von Gefahren von Starkregenereignissen besonders in Senkungsgebieten hingewiesen. Haben wir in NRW -für bergbaubetroffene Gebiete – ein **Schaden-Verhinderungs-Management?** Indem zur Daseinsvorsorge dem Gesetz zum **Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS)** endlich Geltung verschafft wird?

Zur allgemeinen Kenntnis: Die Landespolitik NRW verweist auf den **Selbstschutz und Eigenvorsorge.**

HWS - H.-Peter Feldmann, Xanten am 16.07.2021

Auf die Frage der NRW-Landesumweltministerin:

Weshalb funktioniert das Hochwasserschutzkonzept nicht in NRW?

Unsere Reaktion darauf: siehe nächste Seite

Hochwasserschutz IST Daseinsvorsorge und systemrelevant für bergbaubetroffene Niederrhein-Metropole

„Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung

nachhaltig wirkende **Versorgungsengpässe**, erhebliche Störungen der öffentlichen **Sicherheit** oder andere **dramatische Folgen** eintreten würden.“

Kritik - Mängel	Folgen - Auswirkungen												
<ol style="list-style-type: none"> 1. Das Prinzip „Wahrnehmen, Verstehen, Handeln“ findet politisch nicht statt. „immer noch gut gegangen?“ 2. Risikostudien sind wirkungslos. Ergebnisse, Erkenntnisse führen nicht zu Problem-Lösungen. 3. Schadensverhinderung kein Staatsziel. Richtlinien ohne Wirkung. 4. Zuständige sind nicht verantwortlich für ihr Tun. 5. Hochwasserschutz an bergbaubetroffenen Bundeswasserstraßen ist keine Staatsaufgabe. 6. Hochwasserschutz in nichtstaatlicher Zuständigkeit. DSchVo nicht verpflichtend 7. Sicherheitsprüfung der Deiche ohne öffentl. Berichterstattung. Deich-TÜV wird abgelehnt. 8. Durchgängige Deich-Schutz-Linie, lt. BHQ2004, nicht verpflichtend. 9. Hochwasserschutz muss auch bei Extremwasser gelten! Die Vorgabe BHQ2004 wird nicht befolgt. 10. Nationales HochWasserSchutzProgramm 2020/Schutz NL-Gebiete: Beleg für die Unzuverlässigkeit der HochWasserSchutz-Vorschriften durch Beibehaltung historischer Sichtweisen. 11. Politik verweigert sich den Bürgerinteressen. Unterbewertung des Schutzgutes Mensch, des Lebensraums, sozialer Belange, Kultur/Umwelt. 12. BergG steht vor dem GG, WHG etc. Bergbaugesetz aus feudaler Zeit. Keine Rechte für Betroffene! 13. Bergbaubetrieb handelt ohne zeitnahen und künftigen Lastenausgleich mit Betroffenen zur Schadensbeseitigung, Wertverlust, Umwelt- und Risikoschutz. 14. Für den Staat ist das bergbauinduzierte pot. Überschwemmungsgebiet KEIN Kritisches Infrastruktur-Gebiet! 15. Digitale und strategisch wichtige topographische Karten, -Gebiets-Höhenlagenkarten- liegen nicht vor. 16. Bürgermeister sind keine Bürgerschützer. 17. Für Infrastruktur-Verständnis existiert kein Studienfach für „Integrierte Sichtweisen vernetzter Projekte“ 18. Keine Sicherheit vor Terror und Anschläge. 19. Fluchttorte und -wege nicht bekannt. Führen nicht (wenn überhaupt) zur Rettung von Menschen und Tiere. 20. Veraltete Prüf- und Überwachungssysteme. 21. Anfälligkeit technischer Systeme, Infrastruktur und Versorgungssicherheit. 22. Vernachlässigung historischer Erfahrungen und Strategien über infrastrukturelle Entwicklungen. 23. Verharmlosung chinesischer Einflüsse in hoheitliche Belange. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bergbauinduzierte Absenkung potenzielles Überflutungsgebiet bis zu 25 Meter. 2. Potenzielle Überschwemmung bis zu 10 Meter über abgesenktes Gelände. Ab 4 m besteht Lebensgefahr. 3. Abflussschutz bis zu 11.000m³/s, Plan: 14.800 m³/s. 4. Daseinsvorsorge in privater Hand. Der Staat verweigert sich. 5. Bürgerschädliche Politik wird nicht verstanden. 6. Latentes Lebensraum-Risiko am linken Niederrhein. Schadensverhinderung keine Pflicht. 7. Für bergbauinduziertes Überschwemmungsrisiko kommt keine Versicherung auf. Selbstschutz empfiehlt die Landesregierung. 8. Ewige Grundwasserabsenkung zum Lebensraumerhalt. (LINEG-Gesetz) 9. Drohende klimabedingte Zunahme von extremen Rhein-Abflüssen und Niederschläge. Auf Notfälle in bergbaubetroffenen abflusslose Überflutungsgebiete nicht vorbereitet. Geländewannen sind tödlich. 10. Hilflosigkeit bei extremen Rheinabflüssen. 11. Bez.-Reg. D´dorf: „WIR können nicht retten!“ 12. Extremhochwasser bringt Tot und Verderben für bergbaubetroffene Siedlungsgebiete und macht sie Nutzlos. Provozieren Betriebsstörungen. Setzen umweltschädliche Stoffe frei und führen zur Dauervernässung abflussloser Bergbauregionen. 13. Das Krisenmanagement ist nur Begleiter einer Katastrophe. Schäden nicht verhinderbar. 14. Rhein-Metropole drohen Totalschäden in Milliarden Höhe, Tausende Tote. Einfluss ins NL-Maas-Gebiet! 15. Katastrophenschutz Übung vom 23.10.2000: Rheinflut 2000: Erkenntnis von Moers: 10.000 Tote! <p style="text-align: center; color: red; font-weight: bold; margin-top: 20px;">Ein worst case mit nationalen und europaweiten Auswirkungen wird akzeptiert!</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p>Schadensbewertung gem. NRW/RWTH-Aachen Studie von 2000:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">Betroffene Menschen</td> <td style="text-align: right;">>1 Million</td> </tr> <tr> <td>Einstaufläche in NL!</td> <td style="text-align: right;">>1.500 km² +</td> </tr> <tr> <td>Schadenspotenzial</td> <td style="text-align: right;">>125 Mrd. €</td> </tr> <tr> <td>Bruttowertschöpfung €/a</td> <td style="text-align: right;">>60 Mrd.</td> </tr> <tr> <td>Sachschäden</td> <td style="text-align: right;">> 20 Mrd. €</td> </tr> <tr> <td>Wertschöpfungsverluste</td> <td style="text-align: right;">>5 Mrd. €</td> </tr> </table> </div>	Betroffene Menschen	>1 Million	Einstaufläche in NL!	>1.500 km ² +	Schadenspotenzial	>125 Mrd. €	Bruttowertschöpfung €/a	>60 Mrd.	Sachschäden	> 20 Mrd. €	Wertschöpfungsverluste	>5 Mrd. €
Betroffene Menschen	>1 Million												
Einstaufläche in NL!	>1.500 km ² +												
Schadenspotenzial	>125 Mrd. €												
Bruttowertschöpfung €/a	>60 Mrd.												
Sachschäden	> 20 Mrd. €												
Wertschöpfungsverluste	>5 Mrd. €												